

Welche Rolle spielt Österreich auf dem internationalen Parkett? Eine zu geringe, sagen Kritiker. Angesichts der hochgerühmten Neutralität verliere das Land zunehmend an Einfluss und Gestaltungsmöglichkeit. Ein kritischer Blick auf die Performance der heimischen Außenpolitik.

Von Fußstapfen und Tiefstaplern

Von Tobias Kurakin

Der Regen, der die ganze Nacht über auf Sopron niederprasselte, hat den Boden aufgeweicht. Zwar scheint am Morgen des 27. Juni 1989 im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet wieder die Sonne, die Schuhe der Protagonisten müssen dennoch leiden. Sowohl jene des ungarischen Außenministers László Nagy als auch die Lederschuhe seines österreichischen Amtskollegen Alois Mock versinken in der sumpfigen Landschaft rund um das Grenzgebiet. Doch beide Herren haben an diesem Tag anderes zu tun, als sich um die Beschaffenheit ihres Schuhwerks zu kümmern. Mit großen Kneifzangen montieren die Außenminister den Stacheldraht an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn ab. Die Bilder gehen um die Welt. Der Eiserner Vorhang ist Geschichte. Österreichs Rolle als aktiver Spieler in der Außenpolitik auch. 

„Österreich bleibt aktuell hinter seinen außenpolitischen Möglichkeiten als neutraler Staat“, sagt Thomas Roithner, Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Einst als Musterschüler und Vorzeignation in der Außenpolitik aufgetreten, verliert Österreich mittlerweile international zunehmend an Einfluss und Gestaltungslust. Laut Roithner sind dafür unter anderem die Rahmenbedingungen verantwortlich. So beispielsweise die sinkende Personaldecke im Außenministerium. Ende Dezember 1985 hatte das Außenamt 1457 Mitarbeiter, 2000 waren es 1489, heute sind es 1113.

Der Beitritt zur EU als „Zäsur“

Mock war in der Sumpflandschaft von Sopron keine Ausnahme. Im Gegenteil. Im vorangegangenen Jahrtausend zeigten mehrere österreichische Politiker internationales Profil. Besonders unter Bruno Kreisky kam es zu einer aktiven Neutralitätspolitik. Kreisky suchte persönlichen Kontakt zu Machthabern im Globalen Süden, wie dem Gründer des neuen Indiens Pandit Nehru, zu dem er, wie auch später zu dessen Tochter Indira Gandhi, eine enge freundschaftliche Beziehung aufbaute. Ohne Kritik ging diese Phase nicht über die Bühne.

Aus CIA-Akten geht über den längstdienenden Kanzler hervor, dass die USA Kreiskys Nahostpolitik mit Argusaugen beobachteten. Kreiskys internationale Beliebtheit verschlechterte sich, als er 1979 als erster westlicher Regierungschef den ehemaligen palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat offiziell empfing. Die Umarmung Kreiskys und Arafats auf dem Flughafen in Wien erzeugte Argwohn. Die ÖVP warf dem damals allein regierenden SPÖ-Kanzler Antiamerikanismus vor. „Kreisky hatte aber einen klaren Plan, wie er Außenpolitik gestalten wollte, und schmiedete mit Willy Brandt, dem Schweden Olof Palme oder dem finnischen Premierminister Urho Kekkonen eine gelungene Kooperation“, sagt Roithner. Mit der Annäherung an den Nahen Osten habe Kreisky bewusst eine Lücke gefüllt, in der ein neutraler Staat seinen Gestaltungsspielraum beweisen konnte. Die Kritik habe er in Kauf genommen.

Die Zeit sprach damals für Österreich. Mit Kurt Waldheim als UNO-Generalsekretär und dem Bau der UNO-City habe Österreich auch auf dem internationalen Parkett an Bekanntheit und Profil gewonnen. Parallel zum Ende der Ära Kreisky nahmen die Spannungen zwischen Ost und West wieder zu. Österreich konzentrierte daraufhin seine außenpolitischen Bemühungen „mehr auf Europa und weniger auf die globale Politik“, analysiert Roithner.



Treffen unter Tadel

Bruno Kreisky empfing 1986 als erster westlicher Regierungschef Jassir Arafat. Die Umarmung der beiden auf dem Flughafen erzeugte Argwohn.

Foto: AP, Robert Jagger

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union sei es schließlich zur „Zäsur“ gekommen, sagt Roithner. Bei sicherheitspolitischen Fragestellungen habe man sich weitgehend der EU-Linie angeschlossen. In der OSZE und der UNO versäume es Österreich, sein Potenzial zu nutzen. Roithner sieht Österreichs Rolle im Bereich der zivilen Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung. Österreich spiele in diesem Bereich abermals seine geografische Lage in die Karten: „Ein mitteleuropäisches Land umgeben von NATO-Staaten, die nun allesamt in militärische Aufrüstung investieren, kann leicht einen anderen Weg einschlagen.“ Statt wie zuletzt primär über eine Anhebung des Heeresbudgets zu diskutieren, solle Österreich seine Kräfte auf die Kernelemente der zivilen Krisenprävention richten. Dazu zähle der Einsatz von Experten, die mit zivilen Methoden an den Ursachen, Verläufen und Folgen von Konflikten arbeiten. „Zivile Beiträge sind kein unsolidarisches Trittbrettfahren, sondern zentrale Leistungen zur Stärkung des Gewaltverbots und zur Vertrauensbildung.“

„Aufgrund der intensiven, fast freundschaftlichen Verbindungen zum Aggressor in der Vergangenheit wird Österreich als eine Art trojanisches Pferd Russlands wahrgenommen.“

Politikwissenschaftler Gerhard Mangott

Kritik kommt auch von Moritz Ehrmann, Direktor des Austrian Center for Peace (ACP), und der Direktorin des International Institute for Peace (IIP), Stephanie Fenkar. Der Mehrwert, den Österreich als neutrales Land leisten könne, werde „absolut zu wenig genutzt“, so Ehrmann. Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky habe es eine kurze Periode gegeben, in der das „besser und umfangreicher“ getan wurde. Derzeit ruhe man sich darauf aus und denke, damit sei es getan, meint wiederum Fenkar.

Der Ausbruch des Ukrainekrieges änderte nur wenig an Österreich außen-

politischen Schwerpunkten. Eine Vermittlerrolle, wie sie Österreich einst in Konflikten zukam, ist für Expertinnen und Experten ausgeschlossen. „Auf die Rolle von Österreich als Vermittler wartet in der Ukraine niemand. Aufgrund der intensiven, fast freundschaftlichen Verbindungen zum Aggressor in der Vergangenheit wird Österreich als eine Art trojanisches Pferd Russlands in der EU wahrgenommen“, sagt der Innsbrucker Politikwissenschaftler Gerhard Mangott. Roithner meint, dass ohnehin andere Länder, wie beispielsweise die Türkei, bessere Karten hätten. Österreich könne im Hintergrund Experten anbieten, die man zweifelsfrei habe.

Vom Außenministerium wird indes stolz auf die humanitäre Hilfe verwie-



Lesen Sie hierzu auch „Nußbauers Welt“ vom 12.8.2021 unter dem Titel „Unsere Mission“ – und was noch gilt auf furche.at.



KLARTEXT

Von Wilfried Stadler

EU-Digitalgeld kann warten

Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig? Nun, zu Zeiten Johann Nestroys, von dem dieses schöne Zitat stammt, gab es noch kein so ausgeprägtes Banken- und Kapitalmarktssystem wie heute. Und keine Notenbanken, die für die in ihrem Einflussbereich ausgereichten Währungen letztverantwortlich sind und in Krisenzeiten die Geldmenge massiv erhöhen. Nun schickt sich die Europäische Zentralbank an, nach Münzen, Papiergeld und Buchgeld mit dem digitalen Euro eine nächste, wahrlich historische Ausbaustufe vorzubereiten.

Die Eile, mit der die EZB dieses Projekt vorantreibt, macht mich, ich gebe es zu, stutzig, sind doch die vielen Facetten der denkbaren Umsetzungsformen noch längst nicht zu Ende gedacht. Zwar schillert die Palette der sich auftuenden Chancen in den buntesten Farben – bankenunabhängige, kostengünstige Alternativen zum Bargeld für jedermann/jedefrau, direkte, supranationale Liquiditätshilfen in Finanzkrisen und vieles mehr.

Zugleich aber tun sich Abgründe an möglichen Gefahren auf: Energie- und Netzhängigkeit nach faktischer Abschaffung des Bargeldes, Verdrängung der Banken in ihrer realwirtschaftlich unverzichtbaren Mittlerfunktion zwischen Geldanlage und Kreditgewährung, aber auch Benachteiligung all jener, denen digitale Zugangsmöglichkeiten verschlossen bleiben. Ein echter Zusatznutzen im Vergleich zu ohnehin leistungsfähigen Zahlungssystemen ist bisher nicht erkennbar.

Der digitale Euro will Zahlungen über digitale Geldbörsen („Tokens“) zur Regel machen. Dabei wäre es angesichts unzähliger Fälle von betrügerisch missbrauchten Kryptogeldern viel vordringlicher, all diese problematischen Konstrukte endlich regulatorisch in den Griff zu bekommen. Erst dann wird das Feld für einen gut durchdachten digitalen Euro frei.

Der Autor ist Ökonom und Publizist.

